Beschluss:

Die Vorlage wird kontrovers diskutiert.
Die Notwendigkeit eines betrieblichen Gesundheitsmanagements wird dabei mehrheitlich bestätigt. In Frage gestellt wird indes, ob für dessen Umsetzung zusätzliche Kapazitäten benötigt werden.
Auf Analyse- und Beratungsangebote der Krankenkassen wird hingewiesen.
Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras und die Personalratsvorsitzende, Frau Heidebrecht-Rüge, weisen auf die Situation in der Dienststelle hin und bekräftigen die Forderung nach zusätzlichem Personal.

Moniert wird, dass keine Vorberatung der Vorlage vorgesehen ist. Da es offenbar Gesprächsbedarf gebe, wird beantragt, die Vorlage in der April-Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vorzuberaten.
Dazu stellt sich die Frage, ob der Hauptausschuss überhaupt befugt ist, eine Vorberatung in einem Fachausschuss anzuordnen.
Ferner stellt sich die Frage, ob der Sozial- und Gesundheitsausschuss für eine Vorberatung dieser konkreten Vorlage überhaupt zuständig sein kann, weil es darin um die Umsetzung einer verwaltungsinternen Vereinbarung und den damit verbundenen Personalbedarf geht, so dass eine Zuständigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses gar nicht gegeben sei.

Es wird vereinbart, beide Fragen durch die Verwaltung klären zu lassen.

Unter dem Vorbehalt der Zulässig wird der Vorberatung im Sozial- und Gesundheitsausschuss mit 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

Es erfolgt Kenntnisnahme.